



Presseerklärung des Sicherheitsrats zur Situation in der Demokratischen Republik Kongo

NEW YORK, 20. Juni 2024 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten auf das Schärfste die jüngste Serie von Angriffen, die von der Bewegung des 23. März (M23) verübt wurden, die zu Opfern unter der Zivilbevölkerung geführt haben und bei denen eine Friedenssicherungskraft verwundet wurde. Sie verurteilten zudem die jüngste Serie von Angriffen der Allianz der Demokratischen Kräfte (ADF) sowie den Angriff auf das Lager von Mugunga für Binnenvertriebene am 3. Mai 2024, denen eine hohe Zahl von Zivilpersonen in der Provinz Nordkivu zum Opfer gefallen ist. Die Mitglieder des Sicherheitsrats sprachen den Angehörigen der Opfer ihr tiefstes Beileid aus und wünschten der verletzten Friedenssicherungskraft eine rasche Genesung.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats äußerten ihre tiefe Besorgnis über die Auswirkungen dieser Angriffe, durch die sich die instabile Sicherheitslage in der Demokratischen Republik Kongo und in der Region verschlechtert, die aktuelle humanitäre Lage verschärft und Besorgnisse bezüglich des humanitären Schutzes noch dringlicher werden, insbesondere für die in den Unterkünften für Vertriebene untergebrachten Zivilpersonen. Sie sind ebenfalls tief besorgt über die verstärkten systemischen Angriffe der ADF und die aktuelle, gegen die Stadt Kanyabayonga gerichtete Offensive der Bewegung des 23. März, in deren Folge in der vergangenen Woche 350.000 Menschen vertrieben wurden und die zur vorübergehenden Einstellung der Nahrungsmittelverteilung und der Krankenhausleistungen geführt haben. Sie forderten alle Geber auf, ihre Unterstützung im Rahmen des Plans für humanitäre Maßnahmen für 2024 aufzustocken.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten zudem nachdrücklich alle Angriffe auf die Stabilisierungsmission der Organisation der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) sowie die nicht hinnehmbaren Drohungen der Bewegung des 23. März und den von ihr ausgeübten Druck gegenüber MONUSCO. Sie verurteilten den Einsatz schwerer Waffen in der Umgebung der Stützpunkte der Friedenssicherungskräfte der Vereinten Nationen, durch den Zivilpersonen und Friedenssicherungskräfte in Gefahr geraten. Sie bekräftigten ihre Unterstützung für MONUSCO und die truppenstellenden Länder bei der unbeirrten Wahrung ihrer robusten Aufstellung zum Schutz der Zivilbevölkerung und für die ungehinderte Bereitstellung humanitärer Hilfe für die Vertriebenen. Sie ersuchten den Generalsekretär, die Mitgliedstaaten und die Regierung der Demokratischen Republik Kongo, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Sicherheit des Personals der MONUSCO im Einklang mit Resolution 2518 (2020) und den Leitlinien und bewährten Verfahren der Vereinten Nationen zur Erhöhung der Sicherheit der Friedenssicherungskräfte zu gewährleisten.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten alle Parteien nachdrücklich auf, das Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts, einzuhalten und im Einklang mit den einschlägigen Bestimmungen des humanitären Völkerrechts den vollen, sicheren, raschen und ungehinderten humanitären Zugang zu allen notleidenden Zivilpersonen, insbesondere Frauen und Kindern, zu ermöglichen und zu erleichtern.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre Besorgnis über Meldungen von anhaltenden Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht und die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen und -übergreifungen, einschließlich geschlechtsspezifischer Gewalt und sexueller Gewalt in Konflikten, der Einziehung, des Einsatzes und der Entführung von Kindern sowie der Angriffe gegen Schulen und Krankenhäuser. Sie verlangten das sofortige Ende dieser Verstöße. Sie bekundeten ferner ihre Besorgnis über die Zunahme von Fehl-

24-11111 (G)



informationen und Desinformation, die sich unter anderem gegen MONUSCO richten. Sie verurteilten erneut jede gegen eine Gemeinschaft gerichtete Hetze, die Gewalt zwischen Volksgruppen schürt. Sie unterstrichen, wie wichtig es ist, Zivilpersonen zu schützen und dafür zu sorgen, dass die für die genannten Rechtsverletzungen und Übergriffe, einschließlich sexueller Gewalt in Konflikt- und Postkonfliktsituationen, Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten alle Parteien auf, den diplomatischen Dialog zu vertiefen, um auf eine Deeskalation und eine dauerhafte, friedliche und tragfähige Lösung des langwierigen Konflikts in der Region hinzuwirken. Sie bekundeten ihre Unterstützung für alle Anstrengungen mit dem Ziel der Einstellung der Feindseligkeiten, einschließlich der wesentlichen Rolle der regionalen Friedensprozesse, der MONUSCO, des Büros des Sondergesandten für die Region der Großen Seen und der internationalen Partner, und würdigten insbesondere die Anstrengungen, die der Präsident Angolas und Vorsitzende der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika, João Lourenço, unternimmt, um im Rahmen des Luanda-Prozesses zwischen der Demokratischen Republik Kongo und Ruanda zu vermitteln. Sie unterstrichen die Bedeutung der vollen, gleichberechtigten, konstruktiven und sicheren Teilhabe von Frauen an allen Prozessen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats verurteilten erneut mit Nachdruck alle bewaffneten Gruppen, die in der Demokratischen Republik Kongo operieren, einschließlich der Bewegung des 23. März, der ADF und der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas (FDLR). Sie verurteilten ferner die ausländische militärische Unterstützung für die Bewegung des 23. März und alle sonstigen in der Demokratischen Republik Kongo operierenden bewaffneten Gruppen und verlangten die Einstellung dieser Unterstützung und den sofortigen Abzug aller dieser externen Parteien aus der Demokratischen Republik Kongo. Sie bekundeten ihre tiefe Besorgnis über die Berichte der Sachverständigengruppe für die Demokratische Republik Kongo, wonach die Bewegung des 23. März ausländische militärische Unterstützung erhält und direkte militärische Interventionen im Hoheitsgebiet der Demokratischen Republik Kongo stattfinden. Sie verurteilten außerdem die namentlich durch Militärkräfte bereitgestellte Unterstützung bestimmter bewaffneter Gruppen wie der Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas (FDLR) und forderten die Beendigung dieser Unterstützung. Die Mitglieder des Rates forderten nachdrücklich die Rückkehr der ausländischen bewaffneten Gruppen in ihr jeweiliges Herkunftsland sowie die vollständige Umsetzung der Entwaffnungs-, Demobilisierungs- und Wiedereingliederungsprozesse für sämtliche in der Demokratischen Republik Kongo operierenden bewaffneten Gruppen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekräftigten ihr nachdrückliches Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit der Demokratischen Republik Kongo und aller Staaten in der Region. Sie bekundeten der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, Bintou Keita, und der MONUSCO für ihre stabilisierende Tätigkeit erneut ihre volle Unterstützung.